



Innenausschuss zur Silvesternacht

Vertuschte das Innenministerium eine Vergewaltigung?

Ein LKA-Mitarbeiter soll laut einem Bericht des Kölner Express die Leitstelle der Kölner Polizei im Nachgang zur Silvesternacht angerufen und versucht haben, auf „Wunsch aus dem Ministerium“ eine WE-Meldung (Wichtiges Ereignis) über eine Vergewaltigung zu stornieren bzw. zu entschärfen.

Der Express hat entsprechende Dokumente abgedruckt: <http://kurzlink.de/Express160406>

Innenminister Ralf Jäger bestreitet zwar, dass es einen solchen Anruf aus seinem Hause gegeben hat, allerdings räumt er Abstimmungsgespräche zwischen dem LKA und der Kölner Behörde ein.

Im gestrigen Innenausschuss konnte der Vertuschungsvorwurf nicht abschließend geklärt werden. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss wird den Vorgang aber genau durchleuchten. Sollte sich das Ministerium tatsächlich eingemischt haben, dann muss der Innenminister persönliche Konsequenzen ziehen. Nachdem die Sicherheitsbehörden in der Silvesternacht die schlimmen Übergriffe auf Frauen nicht verhindern konnten, wäre eine Vertuschungsaktion zum zweiten Mal ein Schlag ins Gesicht der Opfer.

Weniger Polizei im Kreis:

Sorgen der GdP werden nicht ausgeräumt

2014 waren noch 706 Polizeibeamte im Rhein-Erft-Kreis unterwegs, im letzten Jahr waren es dann nur noch 696. Der Zuwachs um zwei Stellen im Verwaltungsbereich (von 60 Stellen in 2014 auf 62 in 2015) kann dieses Defizit nicht ausgleichen. Dieser Trend darf sich auf keinen Fall fortsetzen.

Die Befürchtung, dass sich trotz Mehreinstellungen bei der Polizei in NRW der Personalbestand der Polizei im Rhein-Erft-Kreis verringern wird, kann von Innenminister Jäger nicht relativiert werden. Zwar erklärt mir der Innenminister, die Sicherheit im ländlichen Raum sei „für die Landesregierung ein wichtiges Anliegen“. Allerdings verweigert er die Nennung von konkreten Personal-Planzahlen für 2016 und 2017 für die hiesige Kreispolizeibehörde und gibt keine Aussicht auf eine Kräfteverstärkung, wie sie landesweit acht Schwerpunktbehörden in Aussicht gestellt bekommen haben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Kreis hat mit ihrer Kritik Recht. Die Landesregierung darf den ländlichen Raum nicht gegen die großen Städte ausspielen und vernachlässigen. Unsere Polizei wird so überbelastet. Näheres dazu: <http://kurzlink.de/GG160401>

Nahverkehr:

32 Millionen für Erft-S-Bahn von Bedburg nach Horrem

Die S12 soll bis Bedburg verlängert werden und künftig im 20-Minuten-Takt fahren. Dafür würde dann die RB38 wegfallen. Hierfür bedarf es unter anderem des Ausbaus der Erftbahn-Strecke zwischen Horrem und Bedburg auf S-Bahn-Standard. Die geschätzten Kosten für den S-Bahn-Ausbau belaufen sich auf 32 Millionen Euro, als Bauzeit hält der Nahverkehr Rheinland (NVR) zwei Jahre für realistisch.

In der kommenden Woche wird der Ausbau der Erft-S-Bahn-Linie in den ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen. Der Beschluss steht im zuständigen Fachausschuss des Landtages auf der Tagesordnung. Die Gremien des NVR und des Regionalrates haben dem Fortgang des Projekts bereits grünes Licht gegeben. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der Investition steht außer Frage. Die Aufnahme in den Landesbedarfsplan bedeutet zwar nicht die sofortige Umsetzung, sie ist aber ein wichtiger Schritt, um in die entscheidenden Planungsschritte einzusteigen. Eine bessere Verbindung zwischen dem nördlichen Rhein-Erft-Kreis und Köln wäre für tausende Pendler ein Gewinn. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160406>